

Protokolleintrag vom 03.09.2014

2014/272

Postulat von Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Marcel Bührig (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden vom 03.09.2014: Kostenlose Deutschkurse für Fremdsprachige, die auf Sozialhilfe angewiesen sind oder am Existenzminimum leben

Von Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Marcel Bührig (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden ist am 3. September 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie allen Fremdsprachigen, die Deutsch lernen wollen, aber auf Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder mit ihrem (Familien-) Einkommen am Existenzminimum leben, bis zum Zertifikat B2 kostenlose Deutschkurse angeboten werden können. Denn Armut darf kein Grund sein, nicht Deutsch lernen zu können.

Begründung:

Viele BewohnerInnen von Zürich, meist sind es MigrantInnen, möchten Deutsch lernen, um sich verständigen, integrieren oder weiter qualifizieren zu können und damit bessere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Sie können es sich aber finanziell nicht leisten, einen Kurs zu besuchen, weil sie ein (Familien-) Einkommen haben, das knapp am Existenzminimum liegt, Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen.

Die Stadt Zürich kennt zwar verbilligte Deutschkurse für TieflöhnerInnen und mit der Kultur-Legi, die armutsbetroffene Menschen via Caritas beziehen können, wird ihnen 50% der Kosten bei privaten AnbieterInnen erlassen. Aber auch das ist oft zu viel, wenn das Haushaltsbudget derart knapp ist. Es braucht für Leute am Existenzminimum eine volle Kostenübernahme der Kursgebühren.

Sind die Leute motiviert, sollen ihnen die Kurskosten sicher bis zum Zertifikat B2 übernommen werden. Damit haben sie gute Kenntnisse der deutschen Sprache, können sich an Diskussionen beteiligen und (Zeitungs-)Texte verstehen. Hochmotivierten soll aber auch ein C2-Zertifikat nicht verwehrt bleiben.

Die Kurskosten sollen auf einfachen Antrag und mit Offenlegung der Einkommens- und Vermögenswerte übernommen werden.

Armut darf kein Grund sein, nicht Deutsch lernen und sich damit besser integrieren zu können.

Mitteilung an den Stadtrat